

**30. Sitzung der
BUNDES-ZIELSTEUERUNGSKOMMISSION**

Freitag, den 18. Oktober 2024

**im BM für Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz,
Gobelinsaal (Saal II), 1. Stock, Stubenring 1, 1010 Wien
und optional im Wege einer Videokonferenz**

Ergebnisprotokoll

30. Sitzung der Bundes-Zielsteuerungskommission

Freitag, den 18. Oktober 2024, 11:00 Uhr
In hybrider Form

TAGESORDNUNG

	Protokoll
	Seite
1. Begrüßung	III
2. Protokolle der Sondersitzung am 7. Juni 2024 und der 29. B-ZK am 28. Juni 2024	IV
3. Bericht über die Sitzung des Ständigen Koordinierungsausschusses vom 20. September 2024	IV
4. Planungsthemen	IV
4.1 ÖSG-Wartung 2024	
4.1.a Anpassungen und Ergänzungen des ÖSG	
4.1.b Novellierung der Verordnung zum ÖSG	
4.2 Bericht Länder/SV zum aktuellen Status zu den Zielbildern CT/MRT auf Landesebene	
4.3 Bericht SV über aktuelle Planungen im Rehabereich	
5. Public Health-Themen	V
5.1 Outcome-Messung: Bericht zu kritischen Indikatoren – Publikationsfreigabe	
5.2 Vorsorgemittel-Strategie: Abnahme und Publikations-freigabe der Strategie einschließlich technischer Teil (ehem. Teil 2)“	
6. eHealth-Themen	VI
- Budget 2025 Austrian HealthCERT	
7. Impfthemen	VI
- Update zur Aufnahme der RSV-Impfung in das Kinderimpfprogramm	
8. Anstaltspflege im Ausland, Endabrechnungen 2021	VII
9. Erhebung zu Medizinstudienplätzen im öffentlichen Interesse iSd § 71c UG	VII
10. Allfälliges	VIII

PROTOKOLL

TOP 1) Begrüßung

Herr Bundesminister Johannes Rauch begrüßt als Vorsitzender alle Anwesenden und weist auf die im Anschluss stattfindenden Sitzungen der Generalversammlungen der AIHTA GmbH und der ELGA GmbH hin.

Bei der heutigen hybriden Sitzung nehmen folgende Mitglieder teil:

<u>Mitglied:</u>	<u>vertreten durch:</u>
<u>Bundeskurie</u>	
<i>BM Johannes</i> RAUCH als Vorsitzender und Kuriensprecher SC ⁱⁿ Dr. ⁱⁿ Katharina REICH <i>BM Dr. Magnus</i> BRUNNER, LL.M. Mag. Alexander ZEUNER	entschuldigt
<u>Landeskurie</u>	
<i>LH Mag. Hans Peter</i> DOSKOZIL LH-Stv. ⁱⁿ Dr. ⁱⁿ Beate PRETTNER <i>LR Mag. Dr. Christoph</i> LUISSER LH-Stv. ⁱⁿ Mag. ^a Christine HABERLANDER als Kuriensprecherin LR ⁱⁿ Mag. ^a Daniela GUTSCHI <i>LR Dr. Karlheinz</i> KORNHÄUSL LR ⁱⁿ MMag. ^a Dr. ⁱⁿ Cornelia HAGELE LR ⁱⁿ Martina RÜSCHER , MBA Msc Stadtrat Peter HACKER	Ing. Mag. Karl HELM per Video Mag. Volker KNESTEL Mag. Michael KOREN per Video
<u>Kurie der Sozialversicherung</u>	
Obm.-Stv. Andreas HUSS , MBA Obm. Bgm. KommR Matthias KRENN Obm. Peter LEHNER als Kuriensprecher <i>Obm. Dr. Norbert</i> SCHNEDL	per Video Mag. Florian WALTER

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben und die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2) Protokolle der Sondersitzung am 7. Juni 2024 und der 29. B-ZK am 28. Juni 2024

Die **Geschäftsführung der Bundesgesundheitsagentur** informiert anhand der ausgesandten Unterlage darüber, dass zum Protokoll der Sondersitzung innerhalb der vierwöchigen Frist kein Einwand eingelangt ist und dieses daher als genehmigt gilt. Das Protokoll der 29. Sitzung wurde am 4. Oktober 2024 versandt und daher läuft die Frist bis zum 1. November 2024.

TOP 3) Bericht über die Sitzungen des Ständigen Koordinierungsausschusses vom 8. und 17. Juni 2024

Die **Geschäftsführung** informiert anhand der ausgesandten Unterlage.

TOP 4) Planungsthemen

4.1 ÖSG-Wartung 2024

a. Anpassungen und Ergänzungen des ÖSG

b. Novellierung der Verordnung zum ÖSG

4.2 Bericht Länder/SV zum aktuellen Status zu den Zielbildern CT/MRT auf Landesebene

4.3 Bericht SV über aktuelle Planungen im Rehabereich

ad 4.1:

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die Bundes-Zielsteuerungskommission beschließt die Anpassungen und Ergänzungen des Österreichischen Strukturplans Gesundheit (ÖSG) 2023 inklusive Großgeräteplan entsprechend den Beilagen 1 und 2.

Die Bundes-Zielsteuerungskommission beschließt die Novelle der Verordnung zum ÖSG entsprechend den Beilagen 3a und 3b sowie 4a und 4b und gibt die Novelle der Verordnung zur Erlassung durch die Gesundheitsplanungs GmbH frei.

ad 4.2:

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage.

Auf Frage des **Vertreters des Landes Niederösterreich** zu den weiteren Schritten, erklärt ein **Vertreter des Bundes**, dass es das Ziel sei, die Zielbilder bis Ende Oktober abzustimmen und die Planungsrichtwerte für CT und MRT auf dieser Basis zu berechnen sowie die vereinbarten CT- und MRT-Geräte im Großgeräteplan darzustellen, um der B-ZK bis Jahresende die entsprechenden ÖSG-Änderungen zur Freigabe zur Begutachtung vorlegen zu können.

Ein **Vertreter der Sozialversicherung** ergänzt, dass die Gespräche in sieben Bundesländern bereits abgeschlossen worden seien und die Finalisierung nach der zeitnahen Abstimmung mit den Ländern Wien und Niederösterreich erfolgen werde.

ad 4.3:

Die **Geschäftsführung** leitet ein und der **Geschäftsführer der GÖG** berichtet anhand einer Präsentation.

Der **Vertreter des Landes Steiermark** spricht die Finanzierung einer konkreten Einrichtung im Land Steiermark an und ersucht um einen Ansprechpartner seitens der Sozialversicherung.

Seitens der **Vertreter der Sozialversicherung** wird darauf hingewiesen, dass die gegenständliche Einrichtung keine Reha-Einrichtung und eine Finanzierung derzeit nicht möglich sei. Es handle sich jedoch um ein sinnvolles Ergänzungsangebot zur Unterstützung von Eltern, für deren Finanzierung Möglichkeiten gesucht werden sollten.

TOP 5) Public Health-Themen

5.1 *Outcome-Messung: Bericht zu kritischen Indikatoren - Publikationsfreigabe*

5.2 *Vorsorgemittel-Strategie: Abnahme und Publikationsfreigabe der Strategie einschließlich technischer Teil (ehem. Teil 2)“*

ad 5.1:

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die Bundes-Zielsteuerungskommission nimmt den Bericht zur Kenntnis und gibt ihn zur Veröffentlichung frei.

ad 5.2:

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die Bundes-Zielsteuerungskommission nimmt den Bericht zur Kenntnis und beschließt nach Aktualisierung des bisherigen Teils 2 (nun Teil 1) die beiliegende „Strategie zur Verwendung der Vorsorgemittel inklusive Schwerpunktthemen der Periode 2024-2028“.

**TOP 6) eHealth-Themen
Budget 2025 Austrian HealthCERT**

Eine **Expertin des Landes Wien** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die B-ZK beschließt den Betrieb und die Weiterentwicklung des Austrian HealthCERT 2025 inkl. der oben angeführten Maßnahmen sowie ein Budget für 2025 idHv. max. € 3.000.0000. Die Finanzierung erfolgt aus Mittel gemäß Art. 31 Abs. 1 Z 3 der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens.

Über den Fortschritt und die Umsetzung ist durch die Koordinierungs- und Abwicklungsstelle (ELGA GmbH) über die bestehenden Berichtsstrukturen an die B-ZK Bericht zu erstatten.

**TOP 7) Impfthemen
Update zur Aufnahme der RSV-Impfung in das Kinderimpfprogramm**

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage.

Auf Nachfrage der **Vertreter der Sozialversicherung** sowie des **Vertreters des Landes Wien** über Details zu den vertraglich vereinbarten Bedingungen, antwortet die **Geschäftsführung**, dass der Vertrag durch die Bundesbeschaffung GmbH (BBG) abgeschlossen worden sei und dem BMSGPK noch nicht vorliege, die Kosten sich jedoch in dem geschätzten Rahmen befänden. Der **Vorsitzende** hält ergänzend fest, dass die Vertragsdetails an die Kurien kommuniziert werden, sobald sie vorliegen, sofern der Vertrag keine entgegenstehende Vertraulichkeitsklausel enthält.

Auf Nachfrage des **Vertreters des Landes Burgenland**, ob der Vertrag auch RSV-Impfstoffe im Jahr 2024 umfasse, antwortet die **Geschäftsführung**, dass seitens des Anbieters zugesichert worden sei, auch für die Saison 2024/25 Impfstoffe zur Verfügung zu stellen, wobei aktuell noch keine Details vorliegen. Diese Informationen werden geteilt, sobald sie

dem BMSGPK bekannt sind. Die **Vertreterin des Landes Oberösterreich** merkt an, dass das Fehlen von Detailinformationen bei der öffentlichen Kommunikation zu berücksichtigen ist.

TOP 8) Anstaltspflege im Ausland, Endabrechnungen 2021

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die Bundes-Zielsteuerungskommission nimmt den Bericht über die Anstaltspflege im Ausland für das Jahr 2021 zustimmend zur Kenntnis und genehmigt die Überweisung des Betrages von € 1.036.430,84 für das Jahr 2021 an den Dachverband für Anstaltspflege im Ausland.

TOP 9) Erhebung zu Medizinstudienplätzen im öffentlichen Interesse iSd § 71c UG

Die **Geschäftsführung** berichtet anhand der ausgesandten Unterlage.

Die **Vertreterin des Landes Oberösterreich** weist darauf hin, dass ein entsprechendes öffentliches Interesse auch im Bereich der Zahnmedizin besteht und schlägt die Wiedereinführung einer Quotenregelung für österreichische Studierende vor.

Die **Geschäftsführung** berichtet über den am 8. Oktober 2024 stattgefundenen Austausch zwischen dem BMBWF und allen an den gewidmeten Studienplätzen teilnehmenden Stakeholdern. Zum übermittelten Kriterienkatalog sind von fast allen Kurien Antworten ergangen. Im Sinne einer gemeinsamen Vorgehensweise empfahl das BMBWF, allfällige Diskrepanzen in den Kriterienkatalogen als Basis für eine eigenverantwortliche Abstimmung untereinander heranzuziehen, da allfällige von den Stakeholdern angestrebte Vereinheitlichungen diesen selbst obliegen und nicht auf Bundesebene vorgegeben werden können.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Die Bundes-Zielsteuerungskommission stellt fest, dass auf Grund der derzeit absehbaren Entwicklungen ein öffentliches Interesse an der Vergabe von gewidmeten Studienplätzen gemäß § 71c Abs. Sa UG 2002 besteht. Sie empfiehlt daher eine entsprechende Berücksichtigung im Aufnahmeverfahren für das Studienfach Humanmedizin für das WS 2025/26.

TOP 10) Allfälliges

Der **Vertreter des Landes Wien** informiert, dass die schriftliche Ausfertigung der Entscheidung der Schiedskommission zum Thema Heimbeatmung vorliegt, und merkt an, dass er angesichts der partnerschaftlichen Vorgehensweise in der Zielsteuerung-Gesundheit nicht nachvollziehen kann, dass die Sozialversicherung diese Entscheidung nunmehr im Instanzenzug bekämpfen möchte.

Ein **Vertreter der Sozialversicherung** verweist auf die Genese des ggst. Falles seit dem Jahr 2011 und merkt an, dass es aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht Argumente gäbe, die hier für eine gerichtliche Klärung sprechen. Für die Sozialversicherung ist es aber vorstellbar unter gewissen Rahmenbedingungen künftig regelhaft einen bestimmten Teil zu übernehmen.

Der **Vorsitzende** betont, dass eine gemeinsame Lösung das Ziel sein müsse.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei allen und schließt die Sitzung.



Der Vorsitzende



Der Schriftführer